

Hans-Joachim Schabedoth

Industriepolitik für das 21. Jahrhundert

Hans-Joachim Schabedoth

(* 1952) ist Sozialwissenschaftler, leitete bis 2009 die Abteilung Grundsatzfragen beim DGB-Bundesvorstand in Berlin und arbeitet jetzt beim Vorstand der IG Metall zu Grundsatzfragen der Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik.

achim.schabedoth@igmetall.de



»Et hätt noch immer joot jejeange«. Das ist rheinisches Grundgesetz, eignet sich aber schlecht für satte politische Selbstzufriedenheit, wenn es darum geht, die Lehren aus dem gigantisch teuren Scheitern des Marktradikalismus zu ziehen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die Wachstumsaussichten und Börsenkurse können sich wieder sehen lassen. Doch auch die Geschäfte der Finanzjongleure rechnen sich wieder. Jetzt geht es nicht mehr bloß darum, ahnungslosen Rentnern neue Schrottpapiere zu verkaufen oder finanziell klammen Kommunen neue Public-Private-Partnership-Projekte aufzuschwatzen. Spekuliert wird auf den ökonomischen Zusammenbruch ganzer Staaten. Die Euro-Festung steht unter Dauerbeschuss. Die meisten nationalen Regierungen sinnen darüber nach, wie sie ihre durch Krisenabwehr gestiegenen Haushaltsschulden auf die Steuerzahler abwälzen können. Ein Sonderfall: Die deutsche Bundesregierung. Sie ist zusätzlich darauf erpicht, den Kleinen noch mehr wegzunehmen, damit mehr für die Größeren und Klientelpolitik übrig bleibt. Dass man den verteilbaren Kuchen nachhaltig größer backen könnte, dass jedes »weiter so!« ein Brandbeschleuniger für die nächste noch teurere Krise ist, wird im gegenwärtigen Politikbetrieb nicht handlungsleitend. Der Anspruch auf Regulierung des aus dem sozialen Ruder gelaufenen Finanzmarktkapitalismus hat sich bislang noch nicht gegen den Irrglauben

durchgesetzt, die Märkte seien irgendwie doch klüger als ihre politischen Retter aus Notfallsituationen. Tagesopportunitäten und Regierungen wechseln, doch der Anspruch auf Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten lässt sich nicht unter parteitaktischen Kalkülen suspendieren oder auf neue Amtsperioden verschieben. Zwei Spitzenleute von den vielen, die als Gewerkschafter öffentlich häufig übersehene oder unterschätzte Denkkorte repräsentieren, haben in jüngster Zeit über ihre originären Wirkungsfelder hinaus publizistische Vorstöße gemacht, um den öffentlichen Diskurs von der Empörung über *Google Street View* oder die Tieferlegung eines Bahnhofes wieder etwas mehr auf Zukunftsfragen der deutschen Industriegesellschaft zu lenken.

Eine Stunde Null muss es nicht geben

Der eine, Berthold Huber, Vorsitzender der IG Metall, mahnt zum Kurswechsel für Deutschland und zur sozialen Regulierung der Märkte. Er liefert dabei eine Bestandsaufnahme der eingetretenen ökologischen und sozialen Verwüstungen sowie der ökonomischen Herausforderungen. Eine grundlegend neue Politik sei nötig, weil die Finanzmarktkrise keine gewöhnliche zyklische Erscheinung ist, sondern eine Zeitenwende begründet. Huber und seine Mitautoren (u.a. Colin Crouch, Erhard Eppler) machen deutlich, dass es nicht nur Notwendigkeiten für einen Kurswechsel gibt. Es gibt auch einen Vorrat an guten Vorschlägen, wie sich die Weichen für Wirtschaft, Arbeit, Bildung, Sozialwesen und Demokratie neu stellen lassen. Eine Stunde Null muss es nicht geben. Huber befindet: »Ganz im Gegenteil: alles, was in

den vergangenen Jahren als veraltet und hinderlich verdammt wurde – Sozialstaat, Regulierung, eine leistungsfähige Infrastruktur, der öffentliche Bankensektor, Gewerkschaften –, ist heute wesentlicher Teil der Lösungen und trägt Entscheidendes bei, um die Finanzmarktkrise in den Griff zu bekommen. Und alles, was bisher als modern und innovativ galt – Privatisierung, ausgeklügelte Finanzprodukte, schwacher Staat, freie Märkte –, hat sich als Teil des Problems herausgestellt. Insofern ist klar, was für den Neubau verwendet werden kann und was nicht.« Die Regulierung der Finanzmärkte hat zentrale Bedeutung. Huber verlangt, »dass sie ihre Hauptaufgabe wieder darin sehen, die produzierende Wirtschaft und die Dienstleistungswirtschaft mit Krediten zu versorgen«. Das eigentlich Naheliegende jetzt anzugehen, wäre wirklich ein politischer Kurswechsel und nicht nur ein Wechsel auf die andere Bürgersteigseite der *Mainstreet*.

Baustellen zum Mitarbeiten

Der andere Anreger für ein Überwinden der »Krise des von Spekulation getriebenen Kapitalismus« ist Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie. Vassiliadis präzisiert Hubers Diskursanregungen mit neun konkreten Thesen für eine Industriepolitik des 21. Jahrhunderts. Er benennt die Chancen, neue Techniken gegen den Klimawandel zu entwickeln und industrielle Wertschöpfung energieeffizient zu organisieren. Vassiliadis setzt auf eine neue Fortschrittskultur, verstanden als Verbindung von technologischem und gesellschaftlichem Fortschritt. Die Gewerkschaften sind und bleiben dabei treibende Kräfte. Ihm geht es nicht nur um den sozialen Fortschritt im eigenen Land. Zu klären sei »wie wir Umwelt und Klima so schützen, dass in Zu-

kunft rund um den Globus mehr Menschen als heute die Chance zu einem guten und gelingenden Leben haben«. Fortschritt für das 21. Jahrhundert entscheidet sich nach der Maßgabe »besser statt billiger«. Vassiliadis erklärt das ausführlich und mahnt: »In der Arbeitswelt, in der sich die Kultur der Arbeit durch ungenügende Ausbildung, schlechte Organisation und Führung und ein sinkendes Maß an Anerkennung zurückentwickelt, entwickeln sich zwangsläufig die Potenziale der Industrie zurück.... Eine Verlagerung des Wettbewerbs der Unternehmen auf die Lohnkosten endet in einer chronischen Innovationsschwäche.« Fortschritt ohne Kurswechsel unmöglich. Huber wie Vassiliadis wissen, es genügt nicht, einleuchtend zu kritisieren und Vorschläge zu machen, warum es für alle besser wäre, wenn die Wirtschaft den Menschen diene, statt sich durch die Jagd nach dem Höchstprofit in die nächste Krise zu manövrieren. Für die beiden Gewerkschaftsvorsitzenden ist es ein Anliegen, die Weichenstellungen für einen Kurswechsel politikbestimmend in betriebliche, tarifliche und gesellschaftliche Abläufe einzufügen. Das ist ein hartes Brot, aber auch gewerkschaftlicher Alltag. Beide suchen dafür nicht nur interessierte Leser, sondern verstehen ihre Anstöße als »Baustelle zum Mitarbeiten« (Vassiliadis). Huber lädt ein zu einem gründlichen Nachdenken und konstruktiven Streit über die Zukunft. Er setzt auf die Gewerkschaften und ihre Mitglieder in ihren sehr unterschiedlichen Rollen: »Gegenmacht und Gestalter, Akteur in Betrieb und Gesellschaft gleichermaßen«, »Barrikadenkämpfer« sowie »hartnäckige Verhandler und Diplomaten«.

Berthold Huber: Kurswechsel für Deutschland. Die Lehren aus der Krise. Campus, Frankfurt/New York 2010, 255 S., € 24,90.

Michael Vassiliadis: Für den Fortschritt. Industriepolitik für das 21. Jahrhundert. Vorwärts-Buch, Berlin 2010, 117 S., € 10,00.